

Volksblatt

Nummer 317

Freitag, den 18. November

Jahrgang 1927

Vor der Wintertagung des Reichstages.

Am nächsten Donnerstag wird der Reichstag eine Plenarsitzung wieder aufnehmen. Dieser Wintertagung sind wichtige Aufgaben vorbehalten; sie werden zur Zeit noch in den Ausschüssen vorbereitet. In erster Linie handelt es sich um das Reichsschulgesetz und um die Beamtenbesoldungsreform.

Kann man es als sicher hinstellen, daß die Beamtengehälter erhöht werden, so ist doch die Frage noch ungelöst, in welchem Umfang diese Erhöhung in den einzelnen Berufsgruppen eintreten wird und wie die dadurch entstehenden Mehrausgaben in Reich, Ländern und Gemeinden gedeckt werden sollen. Wegen der noch ausstehenden Entscheidung zeigt sich in Beamtenkreisen eine zunehmende Nervosität. Sie ist an sich zu verstehen. Auch ist es wohl verständlich, daß die Ausführungen Steigerwands über die Beamtenbesoldung von den Beamten selbst mit Mißbehagen aufgenommen worden sind. Andererseits müssen aber auch die Beamten anerkennen, daß es die verbundene Pflicht und Schuldigkeit der vom Volke gewählten Abgeordneten ist, angesichts der allgemeinen Finanz- und Wirtschaftslage bei einer Vorlage finanziellen Charakters, wie es doch die Besoldungsvorlage ist, sorgfältig die Auswirkungen zu prüfen, die sie haben kann, und sich Gewißheit zu verschaffen, daß auch das Geld vorhanden ist, das die Gehaltssteigerungen erfordert. Ganz besonders stark ist diese Verpflichtung für die Regierungsparteien und unter ihnen natürlich vor allem für die Partei, der der für die Vertretung dieser Vorlage zuständige Minister angehört. Dadurch daß sich Reichsfinanzminister Dr. Brücker für seinen Entwurf einsetzt, wird der hinter ihm stehenden Fraktion nicht die Verantwortung abgenommen. Wer das als richtig anerkennt, muß es mit uns als unberechtigt erklären, wenn man aus Beamtenmunde die stärksten Vorwürfe gegen das Zentrum hört.

Ursprünglich war bekanntlich beabsichtigt, die Erhöhung der Beamtenbesoldung mit durchschnittlich 10 Prozent vorzunehmen. Bei der endgültigen Vorlage hat sich dieser Prozentsatz auf durchschnittlich 16 Prozent erhöht. Darauf ergab sich für die Zentrumsfraktion die Verpflichtung nachzugehen, ob der Etat des Reiches, der Länder und der Gemeinden jetzt und in der Zukunft diese Erhöhung tragen, und ob insbesondere die Reichspost und Reichsbahn ohne Tarifserhöhung gleichfalls die Besoldungserhöhung durchführen können. Dazu war eine eingehende Nachprüfung der Etatsverhältnisse in Reich, Ländern und Gemeinden, sowie der Lage der Reichspost und Reichsbahn, notwendig. Es ist das Verdienst der Zentrumspartei, daß diese Nachprüfung im Reichstag durchgeführt worden ist. Diese Vorprüfung war im Interesse der Beamtenchaft notwendig, weil sie dazu dient, Steuererhöhungen und Tarifserhöhungen und damit Preiserhöhungen zu verhindern. Steigerwald ist es nun gewesen, der mit seiner Paderborner Rede den Mißton zu dieser Nachprüfung gegeben hat. Darf man daraus direkt auf Beamtenfeindschaft schließen? Den Beamten selbst ist mit einer Besoldungserhöhung nur dann gedient, wenn sie ohne Preiserhöhung durchgeführt werden kann. Am Zentrum haben die Beamten noch immer eine gute Stütze gehabt, und es ist eine Frage, wenn da jetzt gesagt wird, das Zentrum wolle keine Erhöhung der Beamtengehälter. Das Gegenteil ist richtig. Und Dr. Brücker, der doch in Beamtenkreisen einen guten Ruf besitzt, hat durchaus auch das Vertrauen der Zentrumsfraktion. Um ein letztes zu tun, sei noch eine Erklärung des Abgeordneten von Guérard, des geschäftsführenden Vorsitzenden der Zentrumsfraktion des Reichstages, hier wiedergegeben, die er am 4. November im Haushaltsausschuß des Reichstages abgegeben hat. Er sagte wörtlich:

„Der Abgeordnete Steinbock (SPD.) meinte, die Regierungsparteien wollten sich um die Stellung zur Besoldungsvorlage herumdrücken. Wir (die Regierungsparteien) legen aber bekanntlich geschlossen die Besoldungsvorlage zur Grundfrage der weiteren Verhandlungen, wie die Regierung sie vorgelegt hat. Die Beamtenchaft hat ein Recht darauf, daß endlich einmal mit den endlosen Reden ein Ende gemacht wird und sie mit der Sache in den Genuß der Aufklärung kommen. Die heutigen Reden tragen nicht viel dazu bei. Wir kommen am besten zum Ziel, wenn wir an die Einzelprobleme herantreten, bei denen ja doch die Fragen alle noch einmal behandelt werden. Wir gehen auf dem Standpunkt, daß die schnelle Erledigung der Vorlage nicht nur im Interesse der Beamten, sondern auch im Interesse der deutschen Wirtschaft liegt. Wenn hier ein gewisses Mißverständnis der Fraktion wegen unserer Stellung zum Besoldungsantrag ausgeprochen worden ist (Steigerwald), so läßt mich das fast, weil die absolute Erhaltung des Berufsbeamtenstandes in unserem Partei-programm als eine Staatsnotwendigkeit wiederholt betont und erläutert worden ist, und ich kann hinzufügen, daß der Abgeordnete Steigerwald auf demselben Standpunkt steht.“

Aus alledem geht das klar hervor, daß die Zentrumsfraktion des Reichstages den festen Willen hat, die Beamtengehälter baldigst in befriedigender Weise ohne Anziehung der Steuerlasten und ohne Herabsetzung einer allgemeinen Preissteigerung den Lebensverhältnissen anzupassen.

Ueber die Aussichten des Reichsschulgesetzes ist noch keine Klarheit vorhanden. Bei dem Zentrum, der Bayerischen Volkspartei und den Deutschnationalen herrscht über die wesentlichen Punkte Übereinstimmung. Es kommt auf die Deutsche Volkspartei an. Sie fordert bekanntlich den dauernden Anschluß der Volksschule aus den Simultan-schulländern und auch sonst weitgehende Bevorzugung der Simultanschule. In diesen Forderungen kann ihr das Zentrum nicht folgen. Gelingt es, darüber zu einem Kompromiß zu kommen, dann ist die größte Schwierigkeit überwunden. Aber es ist selbstverständlich, daß das Zentrum hier nicht weit entgegenkommen kann. Bei Weltanschauungsfragen sind die Grenzen eng gestellt. Und es ist besser, daß das Schulgesetz scheitert, als daß ein von unserem Standpunkt aus schlechtes Schulgesetz geschaffen wird.

Schon die Anschauung dieser Frage macht deutlich, wie groß die Schwierigkeiten in der gegenwärtigen Koalition sind. In keiner Koalition geht alles reibungslos von sich. Immer muß einmal die eine, einmal die andere Partei in ihr ein Auge zudrücken. Aber natürlich hat das Augenschließen auch seine Grenzen. Darüber wird morgen noch einiges zu sagen sein.

Abrüstungskommission und Sicherheitsausschuß.

Vor dem Beginn der Genfer Tagung.

• Berlin, 17. November. (Eig. Draht.)

Von unserer Berliner Redaktion.

Die nächste Sitzung der vorbereitenden Abrüstungskommission, die am 30. November in Genf ihren Anfang nimmt, wird zwar nur 4 Tage dauern, aber trotzdem bringt man ihr allesits großes Interesse entgegen. Seitdem der frühere amerikanische Präsident Wilson seine „Berühmten“ 14 Punkte der ausstehenden politischen Welt präsentiert hat, ist das Wort „Abrüstung“ in aller Munde. Meistenteils heißt es, diejenigen Frauen seien die besten, von denen am wenigsten gesprochen wird. Wendet man dieses Zitat auf das Problem der Abrüstung an, dann bleibt nicht viel Gutes übrig. Geredet und geschrieben wird zwar über diese Frage in den letzten Jahren ungemein viel, aber das Resultat aller geistigen Anstrengungen ist vornehmlich gleich null. Es soll aber, wie die unentwegten Völkerverbundoptimisten glauben propagieren zu können, in Genf durch die Tätigkeit der Abrüstungskommission und durch die Arbeit des neu zu bildenden Sicherheitsausschusses eine Wendung zum Besseren angebahnt werden. Zur Begründung solcher Hoffnungen wird hauptsächlich die Teilnahme Amerikas an den Beratungen angeführt.

Der amerikanische Gesandte in Bern ließ dem Generalsekretär des Völkerverbundes die Mitteilung zukommen, daß er von seiner Regierung die Instruktion erhalten habe, an der Tagung der vorbereitenden Abrüstungskommission teilzunehmen. Er meldete noch weiter, daß er im Verlauf der Beratungen der vorbereitenden Abrüstungskommission den Standpunkt der amerikanischen Regierung über das in Aussicht genommene Sicherheitskomitee zum Ausdruck bringen werde. In diesem Abzweig liegt natürlich das Schwergewicht der ganzen offiziellen Mitteilung, denn in den Völkerverbundstreifen ist man noch immer nicht sicher, ob die Vereinigten Staaten sich in diesem Komitee werden vertreten lassen oder nicht. Da die Vereinigten Staaten nicht Mitglied des Völkerverbundes sind, und da das Sicherheitskomitee ein überlegenes

politisches Organ sein wird, so befürchten einige Kreise, daß die Amerikaner es ablehnen werden, diesem Komitee beizutreten.

Wird schon auf die aktive Teilnahme Amerikas an den Beratungen großer Wert gelegt, so beachtet man in maßgebenden Kreisen die Mitarbeit Russlands an den Abrüstungsbestrebungen als unerlässliche Voraussetzung für jedwede praktische Lösung. Das Ausland dem Völkerverbund etwas zu sagen hat, geht schon aus der recht energischen Art hervor, in der sich Moskau die Einladung zur Teilnahme verschafft. Das Telegramm des Außenministers Tschitscherin vom 30. Oktober sprach bloß die russische Bereitwilligkeit zur Mitarbeit aus. Der Inhalt des Antworttelegramms des Generalsekretärs, das geheim gehalten wurde, scheint eine eigentliche Einladung enthalten zu haben oder mindestens dahin auslegbar gewesen zu sein. So erklärte sich das zweite Telegramm Tschitscherins vom 10. November, das ausdrücklich von der Annahme einer Einladung spricht. Wie sich das Generalsekretariat des Völkerverbundes angesichts der gegen die Schweiz gerichteten Spitze im russischen Telegramm verhalten wird — das Sekretariat wurde gebeten, bei dem Bundesrat das erforderliche diplomatische Vorgehen und die Haltung der Russen zu betreiben — bleibt abzuwarten.

Welch schwierige Situation die Abrüstungskonferenz vorfindet, zeigt folgende Tatsache: Die sogenannten Sieger des Weltkrieges haben 10 Millionen Soldaten unter den Waffen, die Besiegten bloß 250000. Trotzdem schreiben die Sieger nach Sicherheit, obwohl ihre gegenwärtige Sicherheit schon längst zur Unsicherheit der anderen geworden ist. Angesichts dieser Sachlage wird man annehmen können, daß man aller Wahrscheinlichkeit nach sowohl in der vorbereitenden Abrüstungskommission wie auch in dem neuen Sicherheitsausschuß wiederum allerhand schöne Abrüstungsphrasen zu hören bekommen wird, um nach Jahr und Tag feststellen zu müssen, daß wir uns nicht in einer Periode der Abrüstung, sondern, wenigstens was die „Siegerstaaten“ betrifft, in einem Zeitalter regelrechter Aufrüstung befinden.

Die deutsch-polnischen Verhandlungen.

Die Vorbesprechungen.

• Berlin, 17. Nov. (Eig. Draht.)

Die Handelsvertragsverhandlungen zwischen Deutschland und Polen scheinen nunmehr endlich wieder in Fluß zu kommen. Die vorbereitenden Besprechungen, die zu diesem Zweck jetzt in Berlin ausgenommen worden sind, dürften sich wohl auf mehrere Tage erstrecken. Sobald die zu erwartende Einigung zustande gekommen ist, wird die Frage zur Entscheidung gelangen, welche Delegation mit den eigentlichen Verhandlungen in Warschau zu betrauen sind. Das Problem der Nachholer-schaft des bisherigen Führers der deutschen Abordnung, Zawalb, harri augenblicklich noch der Lösung.

Einem Drahtbericht aus Warschau zufolge sollen die Verhandlungen, welche der dortige deutsche Gesandte über die Frage der polnischen Holz-einfuhr nach Deutschland geführt hat, zu einem grundsätzlichen Einverständnis gekommen sein, welches darauf hinausläuft, daß beide Seiten noch vor dem Abschluß des Handelsvertrages an einen Abbau gewisser Einfuhrverbote und Schutzzölle heranzugehen. Vorläufig betrifft diese Abmachung das polnische Holz und eine ganze Reihe deutscher Fertigfabrikate. Es sei wahrheitsgemäß, daß die Unterzeichnung dieses provisorischen Abkommens die Bahn zu weiteren Verhandlungen, vielleicht zu einem sofortigen Provisorium in der Kohlen- und Schweine-frage ebnen werde. Wätschke nehme ein sehr reges Interesse an den Verhandlungen. Er habe, wie berichtet wird, nach einem Gespräch mit dem deutschen Gesandten das Außenministerium besucht, was ebenfalls mit den deutsch-polnischen Verhandlungen in Verbindung gebracht wurde.

Der Reichspräsident an Zawalb.

• Berlin, 17. Nov. Der Herr Reichspräsident hat an Excellenz Zawalb ein Schreiben gerichtet, in dem er ihn wunschgemäß von seinen Obliegenheiten als Führer der deutschen Delegation für die deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen entbinde und ihm für seine bisherige Tätigkeit namens des Reichs besonderen Dank ausspricht.

Radowski bei Czerwinski.

• Berlin, 17. Nov. Amlich wird gemeldet: Der polnische Bevollmächtigte für die Besprechungen über die Wiederaufnahme der deutsch-polnischen Handelsvertrags-verhandlungen, Radowski, hat am 17. November die polnische Abteilung des polnischen Außenministeriums in Berlin eingetroffen und hatte am heutigen Nachmittag eine längere Unterredung mit dem Reichsaußenminister. Die Besprechungen werden in den nächsten Tagen fortgesetzt.

Ein russischer Kommentar.

• Warschau, 17. Nov. Wie aus Moskau berichtet wird, wird die Abreise Radowskis nach Berlin dort lebhaft kommentiert. Die „Iswestia“ schreibt u. a.: Die Abreise des polnischen Bevollmächtigten nach Berlin und die polnische Abreise werden solange für Polen einen Ruhezustand bedeuten, wie Polen nicht den Weg zu einem Konflikt mit dem für die polnische Industrie so notwendigen russischen Markt finde.

Eintritt der Deutschen in die Stadtverwaltung von Rattowik.

• Rattowik, 17. Nov. Die Vertreter der Deutschen Wahlgemeinschaft verhandeln gestern mit dem polnischen Magistrat über die Bedingungen einer

Mitarbeit der Deutschen an der kommunikativen Stadtverwaltung in Rattowik. Die Vertreter der Deutschen Wahlgemeinschaft verlangen eine Erhöhung der Magistrate. Der Magistrat soll die Verwaltung der Rattowik nicht ganz entsprechen zu können. Er werde jedoch die von der Deutschen Wahlgemeinschaft benannten Kandidaten bestätigen. Daraufhin wurde von der Deutschen Wahlgemeinschaft erklärt, an der kommunikativen Stadtverwaltung unter Protest mitarbeiten zu wollen. Bei dieser Gelegenheit verfuhr auch der Magistrat, daß er für die Sicherheit sowie für die Verfassungsfreiheit der deutschen Minderheit in Rattowik einstimmig Sorge treffen werde.

Die Auswirkungen des Genfer Schulkompromisses.

• Rattowik, 17. Nov. Der Sachverständige der gemeinsamen Kommission Schulpolitik: Maurer hat gestern mit den Eltern der deutschen Kinder in Rattowik begonnen, die im Sommer dieses Jahres für die deutschen Kinder beizuliegen zur Anmeldung gelangt und die im September in die deutsche Schule eingetretten sind. Obwohl die Bestimmungen des Genfer Kompromisses sehr klar sind und eine andere Deutung kaum zulassen, hat nun der Richtermeister des Rattowik ein den Bestimmungen des Kompromisses und seinen eigenen Ausführungen auf der Genfer Tagung entgegenstehende Auslegung der Vereinbarung gegeben. Es wird also zunächst schlußzufassen sein, wie weit eine Kompetenzüberschreitung der Richtermeister des Rattowik vorliegt.

Der Ruffhäuserbund zur Flaggenfrage.

• Berlin, 17. Nov. Der Präsident des Ruffhäuserbundes, General der Artillerie a. D. von Horn, veröffentlicht die Richtlinien für die Ruffhäuservereine in der Flaggenfrage.

Im ersten Teil der Erklärung, die der „Ruffhäuser“, das Zentralorgan der deutschen Ruffhäuservereine, veröffentlicht, betont General von Horn noch einmal die „parteiliche Neutralität“ des Ruffhäuserbundes, dessen Angehörige alle den Farben Schwarz-Weiß-Rot — den „Bundesfarben“ — die Treue bewahren und in deren Zeichen der Ruffhäuserbund allein „seine hohen Aufgaben“ lösen könne.

General von Horn läßt dann folgen: „Aber mit der Erklärung der Bundesangelegenheit allein ist es nicht abgetan. Wir müssen die Aufgaben der Gegenwart verstehen, um an der Zukunft bauen zu können. Wir müssen uns klar darüber sein, daß alle diejenigen, die sich zum Bunde bekennen, die gewillt sind, am Bunde und im Bunde mitzuwirken — und das wollen wir, weil wir es für notwendig halten — auch verpflichtet sind, die Staatsautorität zu stützen.“

Darum muß auch die heutige Reichsflagge, so lange sie besteht, als solche gewürdigt werden, mag dies auch bei Unordnungen an Herz und Gemüt der alten Krieger stößt.

Wird in Einzelfällen Wert darauf gelegt, die Vertreter der Bundesfarben bei unseren Festen zu sehen, und bekommen dadurch die Veranstaltung einen offiziellen Charakter, so müssen wir unsere politische Neutralität äußerlich noch dadurch betonen, daß wir neben unseren Bundesfarben auch die Reichsflagge in der verlangten Form zeigen.

Das Organ des Grafen Westarp, die deutsche „Kreuzzeitung“, läßt sich wie folgt vernehmen:

General von Horn hat Recht, wenn er sagt, daß die Würdigung der Reichsbannerfarben „hohe Anordnungen an Herz und Gemüt der alten Krieger“ stellen muß. Denn gerade diese hängen mit allen Fäden ihres Lebens an Schwarz-Weiß-Rot. Das Bundesflagge, das der Ruffhäuserbund an Schwarz-Weiß-Rot macht, ist eine Folge der Einstellung Preußens zur Flaggenfrage. Es ist bedauerlich, daß der Bund, der Preußen verfassungsmäßig ausbildet, sich nunmehr auch gegenüber den alten Kriegern auswirft. Neue Freunde wird sich freilich die Republik dadurch nicht erwerben. Man wird ihre Farben zeigen, wenn die Behörden kommen und sich nur unter „Schwarz-Weiß-Rot“ ver sammeln, wenn sie fort bleibe.“

Ein klein wenig scheinen die Deutschnationalen umgelenkt zu haben. Jedoch, wie gesagt, es scheint nur so. In Wirklichkeit gilt für sie eine Variation eines Satzes von Heinrich Heine: „Wenn wir allein zu Hause sind, wird Schwarz-Weiß-Rot sich finden!“

Die Erhöhung des Maßzölles vom Reichsrat beschlossen.

• Berlin, 17. Nov. Der Reichsrat genehmigte heute den Gesetzentwurf über den Handels- und Schiffahrtsvertrag zwischen dem Deutschen Reich und Jugoslawien. Dem Gesetzentwurf ist ein Artikel 3 angehängt, worin die Regierung die Erhöhung des autonomen deutschen Maßzölles von 3,20 Mark auf 5 Mark vorge schlagen hatte. Die Ausschüsse des Reichsrates hatten beschlossen, diesen Artikel abzulehnen. Ministerialdirektor Richter beantragte in der heutigen Sitzung namens der Reichsregierung Wiederherstellung des Artikels 3 mit der Erhöhung des Maßzölles. Auf Antrag des preußischen Staatssekretärs Dr. Weismann fand über den Antrag der Reichsregierung namentliche Abstimmung statt. Das Ergebnis war, daß die Regierungsvorlage mit 35 gegen 33 Stimmen wieder genehmigt wurde. Gegen die Erhöhung des Maßzölles stimmten das preussische Staatsministerium, die Vertreter von Berlin, der Grenzmark Posen-Westpreußen, der Provinz Nieder-Sachsen, der Provinz Sachsen, der Provinz Hannover, der Provinz Hessen-Nassau, der Rheinprovinz, ferner die Staaten Baden, Hessen, Hamburg, Mecklenburg-Schwerin, Anhalt, Lübeck, Mecklenburg-Vorpommern, Oldenburg, Schleswig-Holstein, Württemberg, Baden, Schaumburg-Lippe.

Der Name **MAGGI** und die gelb-rote Banderole bieten Gewähr für die Echtheit von **MAGGI** Fleischbrühwürfeln

